



Bernhard Kuhn (links) und Werner Friedhoff haben Anwohner beim jüngsten Treffen über Möglichkeiten für Einwände zum Kiesabbau informiert. Sie zeigen hier einen Plan zum Projekt. Foto: Zander

Anwohner tragen Protest nach Detmold

Geplanter Kiesabbau: An der Weserstraße soll Informationskasten für Unterschriftenliste aufgestellt werden

Bad Oeynhausen-Oberbecksen(WB). Der Protest gegen den Kiesabbau auf einem Areal zwischen dem Gut Deesberg und der A 2 nimmt immer konkretere Formen an. Bei der jüngsten Versammlung ging es um Einwände der Bürger, die die Bezirksregierung bis zum 8. Oktober erreichen sollen.

Von AngelinaZander

Die Betroffenen äußerten am Dienstagabend bei der Versammlung im Gemeinschaftshaus der IG Pappelsee erneut viele Bedenken zum Kiesabbauprojekt der Gut Deesberger Kiesgewinnungs GmbH & Co KG (das WESTFALEN-BLATT berichtete mehrfach).

Bernhard Kuhn und Werner Friedhoff sind zwei der Anwohner, die sich gegen das Kiesabbauprojekt aussprechen. Während sie beim ersten Treffen der Anwohner am vergangenen Freitag in erster Linie über das Kiesabbauprojekt informierten, stand bei der zweiten Versammlung mit Anwohnern und Grundstücksbesitzern jetzt das detaillierte weitere Vorgehen der Betroffenen im Mittelpunkt. Gekommen waren Gäste aus Bad Oeynhausen, Vlotho und Porta Westfalica. »Wir planen nun, Einwände mit Blick auf die Probleme zu formulieren. Dabei geht es um Fragen in Bezug auf die Themen Grundwasser, Altlasten, Naturschutz und Naherholung. Wir möchten die Einwände sammeln, sie formal bearbeiten und dann persönlich zur Bezirksregierung nach Detmold bringen«, erklärte Friedhoff. Am zweiten Treffen nahmen etwa 80 Personen teil.

Die Probleme, die aus dem Kiesabbau für die Betroffenen resultieren könnten, seien aktuell in ihrer ganzen Tragweite noch nicht absehbar – »wie beispielsweise die

Hochwasserproblematik«, erklärte Bernhard Kuhn. Der Abbau können sich aus seiner Sicht zu einer Gefahr für die Natur entwickeln.

Bis zum 8. Oktober sei es jedem Bürger möglich, Einwände gegen das Projekt zu Papier zu bringen, um sie fristgerecht an die Bezirksregierung weiterzugeben. Kuhn: »Die Einwendungen gegen die Genehmigung können allgemeine Themen betreffen, aber auch ganz persönliche Angelegenheiten beinhalten, zum Beispiel bei Grundstückseigentümern.« Zusätzlich soll ein Informationskasten an der Weserstraße aufgestellt werden, in dem eine Unterschriftenliste zum Thema Naturschutz aushängen wird. »Denn Jogger, Radfahrer und Spaziergänger würden die Veränderungen an der Weser durch Förderbänder und den Abbau besonders spüren«, führte Kuhn aus. Damit beschrieb er aus seiner Sicht Auswirkungen auf das Naherholungsgebiet. Kuhn: »Der direkte Zugang zur Weser würde für Wassersportler in diesem Bereich nicht mehr möglich sein.« Die Unterschriftensammlung soll ebenso die Bezirksregierung in Detmold erreichen und auf diese Weise auf die Sorgen der Bürger aufmerksam machen.